MITGLIEDER INITIATIVE UP

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Landesverband
Brandenburg

// HOCHSCHULE UND FORSCHUNG //

GEW Brandenburg • Postfach 60 07 63 • 14407 Potsdam

Potsdam, 25. März 2026

Gemeinsame Pressemitteilung der Mitgliederinitiative UP und der GEW Brandenburg

Chance verpasst: Senat der Universität Potsdam ignoriert mehr als 4.000 Stimmen für bessere Arbeitsbedingungen und mehr Qualität im Studium

Potsdam, 25. März – Der Senat der Uni Potsdam lehnt die breit unterstützte Mitgliederinitiative ab, die unter dem Motto „Lehrdeputate senken – Qualität der Lehre verbessern – Gesundheit schützen" stand. Weit über 4.000 Hochschulmitglieder hatten sich für die Initiative ausgesprochen.

Es ist das erste Mal, dass Mitglieder einer brandenburgischen Hochschule Initiative ergriffen und sich im Rahmen des 2024 neu hinzugekommen § 67 des Landeshochschulsgesetzes in die Hochschulpolitik eingebracht haben. Dieser Passus legt fest, dass Hochschulmitglieder, also Beschäftigte und Studierende mit einer Art Petition einen Antrag an den akademischen Senat richten können, der dann beschieden werden muss. Hintergrund: Viele wissenschaftliche Beschäftigte der Universität Potsdam sind derzeit verpflichtet, bis zu 18 Stunden pro Woche Lehre abzuhalten – zusätzlich zu Forschung, Betreuung von Studierenden und administrativen Aufgaben. So bleibt für Viele kaum Zeit für die individuelle Betreuung Studierender oder für eigene wissenschaftliche Arbeit. Genau diese Faktoren sind jedoch entscheidend für die Qualität des Studiums.

Die Initiative schlug deshalb vor, die Lehrverpflichtung zu senken und die frei werdende Zeit sinnvoll zu nutzen – etwa für intensivere Betreuung oder die wissenschaftliche Fundierung der Lehrveranstaltungen.

Gleichzeitig wurde von der Mitgliederinitiative ein konkreter Finanzierungsvorschlag gemacht: Mittel aus dem Zukunftsvertrag „Studium und Lehre stärken", aus dem der Universität jährlich rund 30 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung stehen (Tendenz steigend), sollten genutzt werden, um zusätzliche Stellen zu schaffen und damit eventuelle Lücken in der Lehrkapazität zu schließen.

Präsidium und Verwaltung der Universität versäumten es, die Mitglieder des Senats mit den erforderlichen Informationen rechtzeitig auszustatten, um ihnen eine sachgemäße Entscheidung zu ermöglichen. Und obwohl die Senator:innen das Anliegen der Initiative zwar grundsätzlich befürworteten, sahen sie sich aufgrund der unvollständigen Daten nicht in der Lage, dem Antrag zuzustimmen. In der Folge wurde der Vorschlag der Initiative zur Behandlung in eine Arbeitsgruppe überwiesen, die aber erst in einem Jahr Ergebnisse vorlegen soll.

Dr. Florian Hanisch, der auf einer Stelle mit hohem Lehrdeputat an der UP arbeitet, kommentierte den Beschluss: „Ich hatte gehofft, dass es endlich zu einer spürbaren Verbesserung der Lehr- und

Arbeitsbedingungen kommt. Stattdessen drohen weiterhin Mehrarbeit, Stress und Überlastung. Qualitätsvolle Lehre ist so nicht möglich."

Marie Hansen, eine der Sprecherinnen der Initiative, erklärte zum Umgang mit den vorgeschlagenen Finanzierungsmöglichkeiten: „Erstaunlich ist, dass unser Vorschlag, Mittel aus dem Zukunftsvertrag für zusätzliche Dauerstellen einzusetzen, kaum berücksichtigt wurde. Es entsteht der Eindruck, dass die zur Verbesserung von Lehre und Studium vorgesehenen Gelder nicht zielgerichtet verwendet werden oder es an Transparenz über ihren Einsatz fehlt."

Dr. Claudia Rödel, ebenfalls Sprecherin der Initiative resümierte: "Mit der Entscheidung steht der Senat nun in der Pflicht , in einem Jahr ein Ergebnis zu liefern. Von der Hochschulleitung erwarten wir einen transparenten und kooperativen Prozess, so dass eine zeitgemäße Anpassung der Lehrverpflichtungsregelungen so schnell wie möglich erfolgen kann. Denn in der Zwischenzeit laufen die Überlastungserscheinungen der Dozent:innen und die Defizite in der Qualität der Lehre wie bisher weiter.

Die GEW bewertet die Entscheidung als klares Signal gegen bessere Arbeitsbedingungen und gegen eine nachhaltige Verbesserung der Studienqualität. Und das in Zeiten sinkender Studierenden- und der steigender Studienabbruchszahlen.

„Wenn selbst breit unterstützte und konstruktive Vorschläge ignoriert werden, stellt sich die Frage, wie ernst es der Hochschulleitung mit der Verbesserung von Lehre und Studienbedingungen ist", sagt Lukas Doil, Leiter der Landesfachgruppe Hochschule und Forschung der GEW Brandenburg. „Wir werden nun den Druck erhöhen und weitere Schritte prüfen. Das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur sollte nun durch eine Neuregelung der Lehrverpflichtungsverordnung endlich landesweite Standards für Gute Arbeit in der Wissenschaft setzen."

Die GEW ruft die Verantwortlichen dazu auf, den Dialog wieder aufzunehmen und tragfähige Lösungen zu entwickeln – damit sich Arbeits- und Studienbedingungen endlich spürbar bessern.

Für Rückfragen:

Dr. Claudia Rödel
Telefon: 0152-29945838
E-Mail: croedel@uni-potsdam.de

Lukas Doil
0160 92136178
huf@gew-brandenburg.de